

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
1	Abwasserzweckverband „Planet“, Brück	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
2	Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen Facilitymanagement Team 3	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
3	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege/ Archäologisches Landesmuseum	25.02.2026	<p>unsere fachliche Stellungnahme vom 16. April 2025, Az.: MK2025:PM/0408 behält weiterhin vollinhaltlich ihre Gültigkeit und wird diesem Schreiben der Vollständigkeit halber angehängt (s. unten im Kursivdruck).</p> <p>Wir bitten darum, den Veranlasser und die bauausführenden Firmen über die genannten Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.</p> <p><i>"Im Geltungsbereich befinden sich viele Bodendenkmale im Sinne von § 2 Abs 1 und Abs. 2, Satz 4 BbgDSchG. Eine entsprechende Liste sowie Kartierung sind beigelegt. Da in Folge von Baumaßnahmen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Veränderungen und Teilerstörungen an Bodendenkmalen herbeigeführt werden, Bodendenkmale jedoch grundsätzlich zu schützen und zu erhalten sind (§§ 1 und 7 Abs. 1 und 2 BbgDSchG), stehen Bauvorhaben Belange des Denkmalschutzes entgegen.</i></p> <p><u>Möglichkeiten der Überwindung</u></p> <p><i>Veränderungen und Teilerstörungen an Bodendenkmalen bedürfen gem. §§ 9, 19/ § 20 Abs.1 einer denkmalrechtlichen Erlaubnis/Baugenehmigung. Der Antrag auf Erteilung einer solchen Erlaubnis ist durch den Vorhabenträger gem. § 19 Abs. 1 BbgDSchG schriftlich mit den zur Beurteilung der Maßnahme erforderlichen Unterlagen bei der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises zu stellen. Im Falle eines Baugenehmigungsverfahrens ist der Antrag an die untere Bauaufsichtsbehörde zu richten. Die Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale wird das Benehmen zur Veränderung bzw. Teilerstörung des Bodendenkmales herstellen, insofern sichergestellt ist, dass:</i></p> <p><i>A. der Vorhabenträger im Hinblick auf § 7 Abs. 1 und 2 BbgDSchG die denkmalzerstörenden Erdarbeiten/Baumaßnahmen auf ein unbedingt erforderliches Maß reduziert;</i></p> <p><i>B. der Vorhabenträger in den Bereichen, wo denkmalzerstörende Erdarbeiten bzw. Baumaßnahmen unumgänglich sind, die Durchführung von baubegleitenden bzw. bauvorbereitenden archäologischen Dokumentationen (Ausgrabungen) zu seinen Lasten gem. § 7 Abs. 3 und 4 BbgDSchG gewährleistet.</i></p> <p><i>Einzelheiten hierzu werden im Rahmen des denkmalrechtlichen Erlaubnisverfahrens geregelt."</i></p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme vom 16.04.2025 wurde bereits im Rahmen der Abwägung zum Vorentwurf abgewogen, keine weitere Abwägung erforderlich</p>

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
4	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege	24.03.2026	Keine baudenkmalpflegerischen Bedenken. Die Denkmalliste wird fortgeschrieben.	Abwägung nicht erforderlich
5	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn	04.03.2026	Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Abwägung nicht erforderlich
6	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Potsdam	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
7	Deutsche Telekom Technik GmbH	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
8	E.DIS AG, Fürstenwalde	02.03.2026	<p>Wir beziehen uns auf Ihre Mail vom 23.02.2026 und teilen Ihnen mit, dass unter Beachtung folgender Anmerkungen gegen die o.g. Planung keine Bedenken bestehen.</p> <p>Im Plangebiet befinden sich Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens. Aktuelle Planauskünfte können Sie jederzeit kostenfrei online im Planauskunftsportaal der E.DIS Netz GmbH anfordern. Dieses erreichen Sie unter https://www.e-dis-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportaal.html. Eventuell notwendige Änderungen an unseren Anlagen bitten wir rechtzeitig mit uns abzustimmen.</p> <p>Für die elektrotechnische Erschließung der neuentstehenden / erweiterten Bebauung ist der Ausbau unseres Versorgungsnetzes auf Grundlage von Netzanschluss- / Erschließungsverträgen mit dem Investor erforderlich. Um Verzögerungen zu vermeiden, sollten diese so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Art und Umfang des Netzausbaus kann dabei erst nach Vorliegen konkreter Bedarfsanmeldungen und der gewünschten Versorgungssicherheit ermittelt werden. Beim Ausbau unserer Nieder- und Mittelspannungsnetze werden grundsätzlich Kabel verlegt. Vorzugsweise werden dafür vorhandene bzw. im öffentlichen Bau- raum befindliche Leitungstrassen genutzt und Möglichkeiten der koordinierten Leitungsverlegung mit anderen Versorgungsleitungen geprüft.</p> <p>Für neu zu errichtende Transformatorenstationen werden vorzugsweise Grundstücke, die sich im Eigentum der Stadt/Gemeinde befinden genutzt. Für Standorte auf fiskalischen oder privaten Flächen ist eine Dienstbarkeit im Grundbuch erforderlich. Der Stellplatz muss mit Kran und Tieflader erreichbar sein und blei-</p>	<p>Abwägung nicht erforderlich.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>ben. Die Zugänglichkeit ist dauerhaft und ohne fremde Hilfsmittel sicher zu stellen, damit eine Störungsbehebung sowie der instandhaltungsbedingte Wechsel von Anlagen möglich sind.</p> <p>Zur weiteren Beurteilung des Standortes, insbesondere zur Einschätzung der Aufwendungen für die künftige Stromversorgung, benötigen wir rechtzeitig einen Antrag mit folgenden Informationen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Datum - Lage- bzw. Bebauungsplan, vorzugsweise im Maßstab 1:500; - Erschließungsbeginn und zeitlicher Bauablauf; - Versorgungsstruktur und Leistungsbedarf des Baugebietes; - vorgesehene Ausbaustufen mit zeitlicher Einordnung, insbesondere Baustrombedarf; - Namen und Anschrift des Erschließungsträgers bzw. der Bauherren. <p>Nach Antragstellung unterbreiten wir jedem Kunden bzw. dem Erschließungsträger ein Kostenangebot für den Anschluss an unser Versorgungsnetz.</p> <p>Unsere Stellungnahme beinhaltet weiterhin noch keine Zusage zum Anschluss des Solarparks an unser Versorgungsnetz (Abschnitt 6.2.4 „Sonderbauflächen für regenerative Energiegewinnung“), da hierzu eine vertragliche Vereinbarung mit dem Investor in Ergebnis einer netztechnischen Prüfung erforderlich ist, welche nach Antragstellung in einem gesonderten Verfahren durch unsere zuständigen Fachabteilungen durchgeführt wird.</p> <p>Wir möchten außerdem darauf hinweisen, dass wir zum heutigen Zeitpunkt das Vorhaben als Information betrachten, ohne dass von uns Erschließungsmaßnahmen geplant werden.</p> <p>Nachfolgend möchten wir Ihnen allgemeine Hinweise zur Kenntnis geben, die Sie bitte bei der weiteren Planung im o. g. Bereich berücksichtigen möchten:</p> <p>Netzbetrieb</p> <p>Um einen sicheren Netzbetrieb und eine schnelle Störungsbeseitigung zu gewährleisten, achten wir darauf, unsere Leitungstrassen von Baumbepflanzungen freizuhalten. Wir halten es daher für erforderlich, im Rahmen der konkreten Planung von Pflanzmaßnahmen im Bereich öffentlicher Flächen eine Abstimmung mit uns durchzuführen. Dazu benötigen wir dann einen Lageplan, vorzugsweise im Maßstab 1:500, in dem die geplanten Baumstandorte eingetragen sind.</p> <p>Bitte beachten Sie auch das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen (FGSV 939)</p> <p>Kabel</p> <p>Zu unseren vorhandenen elektrischen Betriebsmitteln sind grundsätzlich Abstände nach DIN VDE 0100 und DIN VDE 0101 einzuhalten.</p> <p>Vorhandene und in Betrieb befindliche Kabel dürfen weder freigelegt noch überbaut werden. Zur Gewährleistung der geforderten Mindestüberdeckung sind Abtragungen der Oberfläche nicht zulässig. In Kabelnähe ist Handschachtung erforder-</p>	

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>derlich.</p> <p>Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass hiermit keine Aussage bzw. Zusage zum Netzanschluss abgegeben wird. Um in der Planungsphase Aussagen zu etwaigen Netzanschlussmöglichkeiten zu erhalten, ist eine umfangreiche netztechnische Bewertung erforderlich. Zur Erarbeitung der notwendigen Unterlagen und Verträge sind die vollständigen Anträge einzureichen. Eine verbindliche Reservierung von Netzkapazität für das Vorhaben ist aus Gründen der Gleichbehandlung aller Antragsteller aus diesem Schreiben nicht abzuleiten.</p> <p>Für Rückfragen steht Ihnen Herr Wollmann im Regionalbereich Teltow-Fläming Standort Bad Belzig unter +49 3361 702293 gern zur Verfügung.</p>	
9	Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Berlin	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
10	GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH, Leipzig	02.03.2026	<p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der Anlagenbetreiber Erdgasspeicher Peissen GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen), ONTRAS Gastransport GmbH.</p> <p>Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.</p>	Abwägung nicht erforderlich
11	Gemeinde Borkwalde	22.04.2026	nicht berührt	Abwägung nicht erforderlich
12	Gemeinde Golzow	28.04.2026	nicht berührt	Abwägung nicht erforderlich
13	Gemeinde Kloster-Lehnin	06.03.2026	nicht berührt	Abwägung nicht erforderlich
14	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg	26.03.2026	<p>Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen.</p> <p>Mit dem o. g. Vorhaben soll die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Gemeinde Planebruch vorbereitet werden. Die Mitteilung der Ziele der Raumordnung haben Sie mit unserer Stellungnahme vom 29.04.2025 erhalten. Darin haben wir auch mitgeteilt, dass Ziele der Raumordnung der Planungsabsicht nicht entgegenstehen.</p> <p>Die Ergänzungsflächen 1 Cammer und 3 Freienthal können noch als Innenentwicklung im Sinne von Ziel Z 5.5 Abs. 2 LEP HR gewertet werden¹ und sind ohne Inanspruchnahme der EEO möglich. Die Größe der Fläche ist für die raumordnerische Bewertung dabei unerheblich.</p> <p><u>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht</u> Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, (GVBl. I S. 235)</p>	Abwägung nicht erforderlich

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35) Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRP HV) v. 19.08.2021; in Kraft getreten am 01.09.2021 mit Verkündung im BGBl. Teil I Nr. 57 vom 25.08.2021 <u>Bindungswirkung</u> Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden. Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o.g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.	
15	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg, Schönefeld	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
16	Landesamt für Bauen und Verkehr	06.03.2026	Aus Sicht der Landesverkehrsplanung bestehen keine Einwände gegen den vorliegenden Entwurf des Flächennutzungsplanes (FNP). Die Gemeinde Planebruch erstellt für die OT Cammer und Damelang-Freienthal erstmalig einen FNP; der rechtswirksame FNP für den OT Oberjünne wird redaktionell überarbeitet. Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Binnenschifffahrt, Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr und übriger ÖPNV werden durch die Änderungen und Ergänzungen nicht berührt. In Bezug auf die Beachtung ziviler luftrechtlicher Belange teile ich Ihnen mit, dass hierzu eine gesonderte Prüfung durch die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV) erfolgt.	Abwägung nicht erforderlich
17	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	13.03.2026	Keine Einwendungen, keine eigenen Planungen und Maßnahmen. <u>Bergbauberechtigungen</u> Das angezeigte Plangebiet befindet sich teilweise (südlicher Teil) innerhalb des Feldes der Bewilligung „Belzig-Nord B (22- 1480)“, welche die Inhaberin der Bergbauberechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung des im Feld lagernden Bodenschatzes (Sole) berechtigt (Übersichtskarte, Anlage). Die Bewilligung wurde am 11.02.1999 von der Bergverwaltung erteilt und ist aktuell bis zum 11.02.2049 befristet. Die Möglichkeit einer Verlängerung ist auf der Grundlage von § 16 Abs. 5 BBergG gegeben. Eine Bewilligung wird durch Artikel 14 GG als eigentumsrechtliche Position geschützt. Auf das Recht aus der Bewilligung sind die für Ansprüche aus dem Eigentum geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend	Abwägung nicht erforderlich

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>anzuwenden. Die bergbaulichen Interessen sind somit bei behördlichen Entscheidungen und dem Erlass von Regelungen, die die bergbaulichen Tätigkeiten ausschließen oder einschränken, im Rahmen einer Abwägung zu berücksichtigen. Die aktuelle Inhaberin der o. g. Bewilligung ist die Bad Belzig Kur GmbH, Am Kurpark 15, 14806 Bad Belzig Aus Berechtsamssicht stehen dem Vorhaben keine Belange entgegen.</p> <p>Laut aktueller Moorbodenkundlicher Karte (MoorFIS 2021) befinden sich im Vorhabengebiet und angrenzend unterschiedlich mächtige Erd- und Mulmniedermoore (Übersichtskarte, Anlage). https://geo.brandenburg.de/?page=Boden-Grundkarten Dies ist bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen. Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)). Auf das Anzeigeportal des LBGR https://bohranzeige-brandenburg.de wird verwiesen.</p>	
18	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Frankfurt (Oder)	10.03.2026	<p>Das Planungsgebiet befindet sich im laufenden Flurbereinigungsverfahren (FBV) Belziger Landschaftswiesen, Verf.-Nr. 100114. Aus bodenordnerischer Sicht bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen den aufgestellten Flächennutzungsplan. Hinweise: <u>1. textliche Begründung:</u> - Die aktuelle Verfahrensnummer lautet 100114. - Punkt 6.4.2: Im Rahmen des FBV sind keine Wegeverlegungen vorgesehen. Geplant ist der Ausbau von zwei vorhandenen Wegen. Der Wege- und Gewässerplan (Plan nach § 41 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)) befindet sich derzeit in Aufstellung. - Punkt 6.7.2: An Gewässern werden im Verfahrensgebiet von der Teilnehmergemeinschaft des FBV Belziger Landschaftswiesen keine investiven Maßnahmen geplant. - Punkt 6.8: Das FBV Belziger Landschaftswiesen wurde am 24.04.2014 angeordnet. Am 21.01.2014 fand die Anhörung der Eigentümer und Behörden gemäß § 5 FlurbG statt. Den Halbsatz bezüglich der Planwunschgespräche bitte löschen. Aufgrund geänderter Prioritäten wird sich die weitere Bearbeitung verzögern. Es werden keine Änderungen in Wege- und Gewässerverläufen durch das FBV vorgenommen. Punkt 6.10: Es erfolgt keine Entwicklung des Gewässerzustands im Rahmen</p>	Die Hinweise werden in die Begründung eingefügt.

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>des FBV; lediglich die Flächenbereitstellung wird unterstützt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Punkt 8.3: Es erfolgt keine Verbesserung der Gewässergüte im Rahmen des FBV. - Quellverzeichnis, lfd. Nr. 8: Es wird im Jahr 2025 auf die Anhörung der Grundstückseigentümer bezuggenommen. Diese Angabe bitte löschen, da sich aufgrund geänderter Prioritäten die Verfahrensbearbeitung verzögern wird. <p><u>2. Umweltbericht:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die aktuelle Verfahrensnummer lautet 100114. - An mehreren Stellen steht „Umsetzung durch das laufende Flurbereinigungsverfahren ...“. Das FBV kann nur bei der Flächenbereitstellung unterstützen. Naturschutzrechtliche Festlegungen erfolgen durch die zuständige Fachbehörde. - Die auf Seite 26 (unten) stehende Aussage, dass die Verbesserung der Gewässergüte und -strukturen auch im Rahmen des FBV stattfindet, ist falsch. Über das FBV erfolgt lediglich die Flächenbereitstellung für die Entwicklungskorridore. - Unter 3.d) Quellenangaben lfd. Nr. 8 wird im Jahr 2025 auf die Anhörung der Grundstückseigentümer bezuggenommen. Diese Angabe bitte löschen, da sich aufgrund geänderter Prioritäten die Verfahrensbearbeitung verzögern wird. <p><u>3. Landschaftsplan:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Die aktuelle Verfahrensnummer lautet 100114. - An mehreren Stellen steht „Umsetzung durch das laufende Flurbereinigungsverfahren ...“. Das FBV kann nur bei der Flächenbereitstellung unterstützen. Naturschutzrechtliche Festlegungen erfolgen durch die zuständige Fachbehörde. - Seite 24 (Graben B-913): Investive Maßnahmen sind im FBV nicht geplant. - Seite 30, 3. Absatz: Es werden keine Maßnahmen im FBV umgesetzt. - Seite 36: Es erfolgt keine Verbesserung der Gewässergüte und -strukturen – im Rahmen des FBV. 	
19	Landesamt für Umwelt	26.03.2026	<p>Immissionsschutz</p> <p><u>Rechtsgrundlage</u></p> <p>Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)² sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei</p>	

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm³. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm⁴ zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft⁵. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie⁶ ermittelt.</p> <p>Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).</p> <p><u>Planumfeld</u></p> <p>Das Änderungsgebiet umfasst das gesamte Gemeindegebiet. Die bebauten Bereiche werden dabei überwiegend als Dorfgebiete nach § 5 BauNVO⁷, zu kleinen Teilen als Wohnbauflächen (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO, gewerbliche Bauflächen (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 BauNVO), Gemeinbedarfsflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB) und sonstige Sondergebiete mit der Zweckbestimmung Photovoltaik (§ 11 BauNVO) ausgewiesen. Das Gemeindegebiet grenzt im Nordosten und Osten an den Truppenübungsplatz Lehnin, im Westen an das NSG⁸ Belziger Landschaftswiesen, im Nordwesten an das Gemeindegebiet Golzow, im Süden an das Stadtgebiet Brück und grenzt im Übrigen an Flächen für die Landwirtschaft, Wald- und Grünflächen.</p> <p>Der Planungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird erfüllt.</p> <p><u>Schutzanspruch</u></p> <p>Der Schutzanspruch gemäß Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1 ergibt sich für die Dorfgebiete zu 60 dB(A) am Tag, 45 dB(A) in der Nacht bzw. 50 dB(A) in der Nacht für Verkehrslärm, für die Wohnbauflächen zu 55 dB(A) tags und 40 dB(A) nachts, für die übrigen Flächen je nach Art der tatsächlichen baulichen Nutzung.</p> <p><u>Immissionssituation</u></p> <p>Vom Plangebiet gehen die für die jeweilige Nutzungsart typischen Geräusche aus, auf Grund der Gliederung ist mit keinen unzulässigen Immissionen zu rechnen.</p> <p>Auf Grund der konkreten örtlichen Verhältnisse führt der Straßenverkehr unter Berücksichtigung der sich aus dem GEG⁹ ergebenden Anforderungen an die baulichen Hüllen von Gebäuden zu keinen ungesunden Arbeits- und Wohnverhältnissen im Plangebiet. Wesentliche Geräuschimmissionen werden im gesamten Plangebiet durch die Nutzung des Truppenübungsplatzes Lehnin verursacht. Gemäß § 60 BImSchG entziehen sich diese Lärmimmissionen jedoch einer Beurteilung nach TA Lärm.</p> <p>In einem relevanten Abstand zum Plangebiet befinden sich keine mir bekannten Anlagen, welche der 12. BImSchV¹⁰ unterliegen. Weitergehende Angaben zum Thema Störfall erübrigen sich somit.</p> <p><u>Umweltbericht</u></p>	

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes maßgeblich sind die Schutzgüter Mensch / menschliche Gesundheit, Klima und Luft. Den entsprechenden Aussagen zu v. g. Schutzgütern im Umweltbericht kann gefolgt werden.</p> <p><u>Fazit</u> Dem Entwurf des FNP kann hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes in der vorgelegten Fassung zugestimmt werden.</p> <p>Wasserwirtschaft Keine Einwände, keine Hinweise zum Untersuchungsumfang des Umweltberichts, keine Hinweise für Überwachungsmaßnahmen. Das Referat W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zu genanntem Flächennutzungsplan zuletzt innerhalb der Gesamtstellungnahme des LfU vom 24.04.2025 eine Stellungnahme abgegeben. Die in der Stellungnahme getroffenen Aussagen behalten weiterhin ihre Gültigkeit (siehe unten im Kursivdruck). Hinweis zur Planzeichnung Es wird darauf hingewiesen, dass in der Planzeichnung die Beschriftung in der Legende (HQ100) mit der tatsächlich eingezeichneten Fläche des Hochwasserrisikos (HQ10) nicht übereinstimmt. Es sollte die Fläche des Hochwasserrisikos HQ100 in die Zeichnung übernommen werden.</p> <p>1. Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen <i>Mit der Plane befindet sich im Plangebiet ein Landesgewässer I. Ordnung gemäß § 3 Abs. 2 BbgWG in Verbindung mit der Brandenburgischen Gewässer-einteilungsverordnung (BbgGewEV) vom 01.12.2008, geändert durch Verordnung vom 9. September 2024 (GVBl. II/24, [Nr. 75]).</i> <i>Der Vorhabenbereich des Plans ist von einem HQ extrem Gebiet der Hochwasserrisikomanagementplanung betroffen (siehe auch Punkt 5).</i></p> <p>2. Gewässerkundliche Messstellen des LfU Brandenburg <i>(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkt 1)</i> <i>Es befinden sich im Plangebiet mehrere Grundwassermessstellen der Landes-messnetze. Baumaßnahmen sind mit dem Ziel der Erhaltung dieser Messstellen mit dem Landesamt für Umwelt (LfU), Referat W12 (Referat „Hydrologischer Landesdienst, Hochwassermeldezentrale“, w12@LfU.Brandenburg.de), abzu-stimmen. Die Zugänglichkeit der Messstellen muss ständig gewährleistet sein. Wenn Messstellen beseitigt werden müssen, hat der Bauträger nach Abstimmung mit dem LfU, Referat W12, Ersatzmessstellen einzurichten.</i></p> <p>3. Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) <i>3.1 Grundsätzliche Anforderungen der EU-WRRL - Planungsgrundlagen / EU-Berichterstattung (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 1, 2, 4)</i> Die Plane-44, der Königsgraben Golzow-171 und der Graben-A Freienthal-444</p>	<p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Die Bezeichnungen in der Legende wurden versehentlich vertauscht und werden redaktionell korrigiert.</p> <p>Die Stellungnahme vom 24.04.2025 wurde im Rahmen der Abwägung zum Vorentwurf bereits abgewogen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>befinden sich im Plangebiet. Der Graben B-913 und der Baitzer Bach-445 grenzen unmittelbar an das Plangebiet. Die genannten Gewässer sind nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berichtspflichtige oberirdische Gewässer. Eine Relevanz der planerischen Festlegungen im Hinblick auf die Anforderungen der WRRL ist damit grundsätzlich möglich.</p> <p>Die Umweltziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurden in das WHG als Bewirtschaftungsziele für die Gewässer übernommen. Um diese Bewirtschaftungsziele zu erreichen, wurden - als Instrumente zur Umsetzung der WRRL - Maßnahmenprogramme nach § 82 WHG und Bewirtschaftungspläne nach § 83 WHG aufgestellt. Im Internet können die das Plangebiet betreffenden aktuellen Unterlagen der EU-Berichterstattung (Zeitraum 2022-2027) für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe unter folgendem Link eingesehen werden: https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/umwelt/wasser/gewaesserschutz-und-entwicklung/bewirtschaftungsplaene-und-massnahmenprogramme/ Zur Untersetzung dieser Maßnahmenprogramme werden im Land Brandenburg für oberirdische Gewässer Gewässerentwicklungskonzepte (GEK) erstellt. Das Plangebiet liegt u.a. in dem GEK-Gebiet „Plane-Buckau“. Dieses GEK liegt vor und der Endbericht kann unter https://www.wasserblick.net/servlet/is/87936/ (Regionalbereich West) nachgelesen werden. Wasserkörperspezifische Informationen können dem Kartendienst des Landes entnommen werden www.apw.brandenburg.de (Themen Wasserrahmenrichtlinie).</p> <p><u>Anforderungen an planerische Festlegungen</u> Bei den planerischen Festlegungen, die Auswirkungen auf die Erreichung der Bewirtschaftungsziele des genannten Wasserkörpers haben können, sind das Verschlechterungsverbot und das Zielerreichungsgebot nach WHG § 27 zu beachten. Aufgrund des Zielerreichungsgebotes dürfen die planerischen Festlegungen auch der Umsetzung künftiger Maßnahmen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nicht entgegenstehen. Bezüglich spezifischer Anforderungen, die sich aus dem Verschlechterungsverbot bzw. dem Zielerreichungsgebot für die genannten oberirdischen Gewässer ergeben, wird auf Hinweise unter Punkt 3.2 (Gewässerentwicklung) verwiesen.</p> <p>3.2 Hinweise / Forderungen zur Gewässerentwicklung / Hydromorphologie Oberflächengewässer / zum Moorschutz (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 2, 4) Hydromorphologie/WRRL</p> <p>Nach § 1 (5) BauGB sollen die Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende</p>	

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln (...).</p> <p>Nach § 1 (6) Ziff. 7 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen, insbesondere nach Bst. a) die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt (...).</p> <p>Nach § 5 (2) Ziff. 7 BauGB können im Flächennutzungsplan insbesondere dargestellt werden:</p> <p>(...) die Wasserflächen, (...) und die für die Wasserwirtschaft vorgesehenen Flächen (...).</p> <p>Königsgraben Golzow-171</p> <p>Der Königsgraben Golzow-171 (DERW_DEBB5866_171) weist als berichtspflichtiges Gewässer ein mäßiges ökologisches sowie ein nicht gutes chemisches Potential auf. Die Gewässerstrukturgüte des Wasserkörpers ist schlechter als gut. Zur Erreichung des guten ökologischen Potenzials entsprechend dem Zielerreichungsgebot nach § 27 Abs. 1 Nr. 2 WHG sind u.a. folgende Maßnahmen erforderlich:</p> <p>Reduzierung der Nährstoffeinträge durch Anlage von Gewässerschutzstreifen (LAWA-Code:28). Gemäß FNP grenzen unmittelbar an den Wasserkörper „Flächen für die Landwirtschaft“. Der Wasserkörper wird als geschütztes Biotop ausgewiesen. Es wird vorgeschlagen, beidseitig Flächen zur Anlage eines Gewässerschutzstreifens für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft auszuweisen (je Seite 20 m Breite). Hinweis: Der Wasserkörper ist nicht vollständig im Flächennutzungsplan (Blatt 2) abgebildet. Die Lage des Wasserkörpers kann dem Kartendienst des Landes entnommen werden www.apw.brandenburg.de (Themen Wasserrahmenrichtlinie).</p> <p>Graben-A Freienthal-444</p> <p>Der Wasserkörper ist Bestandteil des Flurbereinigungsverfahrens „Belziger Landschaftswiesen“ (Verfahrensnummer 1001X). Es werden investive Maßnahmen geplant. Nähere Informationen können beim Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg (vlf) Potsdam eingeholt werden. Der Graben-A Freienthal-444 (DERW_DEBB58638_444) weist als berichtspflichtiges Gewässer ein mäßiges ökologisches sowie ein nicht gutes chemisches Potential auf. Die Gewässerstrukturgüte des Wasserkörpers ist schlechter als gut. Zur Erreichung des guten ökologischen Potenzials entsprechend dem Zielerreichungsgebot nach § 27 Abs. 1 Nr. 2 WHG sind u.a. folgende Maßnahmen erforderlich:</p>	

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>- Initialpflanzungen für standortheimischen Gehölzsaum (LAWA-Code:73) - standortuntypische Gehölze entfernen und zu naturnahen Ufergehölzstreifen umbauen (LAWA-Code: 73). <i>Gemäß FNP grenzen unmittelbar an den Wasserkörper „Flächen für die Landwirtschaft“. Der Wasserkörper wird teilweise als geschütztes Biotop ausgewiesen. Es wird vorgeschlagen, beidseitig Flächen zur Anlage eines Gewässerschutzstreifens für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft aufzunehmen (je Seite 20 m Breite). Der im Raumordnungsgesetz (ROG) § 2 Abs. 2 Nr. 6 S.1 geregelte Grundsatz zur Entwicklung, Sicherung und Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Wasserhaushalts ermöglicht grundsätzlich die Unterstützung von Gewässerentwicklungsflächen.</i> Plane-44 <i>Der Wasserkörper Plane-44 (DERW_DEBB586_44) weist als berichtspflichtiges Gewässer einen unbefriedigenden ökologischen sowie einen nicht guten chemischen Zustand auf. Die Gewässerstrukturgüte des Wasserkörpers ist schlechter als gut. Zur Erreichung des guten ökologischen Zustands entsprechend dem Zielerreichungsgebot nach § 27 Abs. 1 Nr. 2 WHG sind u.a. folgende Maßnahmen erforderlich:</i> - Gewässerentwicklungskorridor ausweisen (LAWA-Code:70) - Initialgerinne für Neutrassierung anlegen (LAWA-Code: 72) - Natürliche Habitatelemente einbauen (LAWA-Code: 72) - Standortuntypische Gehölze entfernen (z.B. Hybridpappeln, Eschenahorn) und zu naturnahem Ufergehölzstreifen umbauen; Belassen von Sichtschneisen für die Großtrappen (LAWA-Code: 73). <i>Die aufgeführten Maßnahmen wurden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie (Stand 2019) hydraulisch untersucht. Es ist geplant mit der technischen Planung 2026 zu beginnen.</i> <i>Der Wasserkörper ist Bestandteil des Flurbereinigungsverfahrens „Belziger Landschaftswiesen“ (Verfahrensnummer 1001X). Der erforderliche Entwicklungskorridor für die aufgeführten Gewässerentwicklungsmaßnahmen wird im Rahmen des FBV arrondiert und sollte in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden. Nähere Informationen können beim vlf Potsdam eingeholt werden.</i> Baitzer Bach-445 <i>Der Wasserkörper Baitzer Bach-445 (DERW_DEBB58644_445) weist als berichtspflichtiges Gewässer einen unbefriedigenden ökologischen sowie einen nicht guten chemischen Zustand auf. Die Gewässerstrukturgüte des Wasserkörpers ist schlechter als gut. Zur Erreichung des guten ökologischen Zustands entsprechend dem Zielerreichungsgebot nach § 27 Abs. 1 Nr. 2 WHG sind u.a. folgende Maßnahmen erforderlich:</i> - Gewässerentwicklungskorridor ausweisen (LAWA-Code:70)</p>	

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>- <i>Natürliche Habitatelemente (Substrat und Totholz) einbauen (LAWA-Code: 72)</i></p> <p>- <i>Standortuntypische Gehölze entfernen (z.B. Hybridpapeln, Eschenahorn) und zu naturnahem Ufergehölzstreifen umbauen; Belassen von Sichtschneisen für die Großtrappen (LAWA-Code: 73)</i></p> <p><i>Die aufgeführten Maßnahmen wurden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie (Stand 2019) hydraulisch untersucht. Es ist beabsichtigt, mit der technischen Planung 2026 zu beginnen.</i></p> <p><i>Der Wasserkörper ist Bestandteil des Flurbereinigungsverfahrens „Belziger Landschaftswiesen“ (Verfahrensnummer 1001X). Der erforderliche Entwicklungskorridor für die aufgeführten Gewässerentwicklungsmaßnahmen wird im Rahmen des FBV arrondiert und sollte in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden. Nähere Informationen können beim vlf Potsdam eingeholt werden.</i></p> <p>Graben B-913</p> <p><i>Der Graben B-913 (DERW_DEBB586382_913) weist als berichtspflichtiges Gewässer ein mäßiges ökologisches sowie ein nicht gutes chemischen Potenzial auf. Die Gewässerstrukturgüte des Wasserkörpers ist schlechter als gut. Zur Erreichung des guten ökologischen Zustands entsprechend dem Zielerreichungsgebot nach §27 Abs. 1 Nr. 2 WHG sind u.a. folgende Maßnahme erforderlich:</i></p> <p>- <i>Initialpflanzungen für standortheimischen Gehölzsaum (LAWA-Code:73)</i></p> <p><i>Der Wasserkörper ist Bestandteil des Flurbereinigungsverfahrens „Belziger Landschaftswiesen“ (Verfahrensnummer 1001X). Es werden investive Maßnahmen geplant. Nähere Informationen können beim vlf Potsdam eingeholt werden.</i></p> <p><i>Gemäß FNP grenzen unmittelbar an den Wasserkörper „Flächen für die Landwirtschaft“ sowie „Flächen für Wald“. Der Wasserkörper grenzt abschnittsweise an den „Freiraumverbund“. Es wird vorgeschlagen, beidseitig Flächen zur Anlage eines Gewässerschutzstreifens für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft aufzunehmen (je Seite 20 m Breite) mit dem Ziel einen standortheimischen Gehölzsaum zu entwickeln. Der im Raumordnungsgesetz (ROG) § 2 Abs. 2 Nr. 6 S.1 geregelte Grundsatz zur Entwicklung, Sicherung und Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Wasserhaushalts ermöglicht grundsätzlich die Unterstützung von Gewässerentwicklungsflächen.</i></p> <p><u>Moorschutz</u></p> <p><i>Im FNP-Gebiet befinden sich organische Böden. Informationen zu Moorböden können dem Kartendienst des Landes entnommen werden</i></p> <p><i>https://geo.brandenburg.de/ (Bodengrundkarte) Geodaten zur Moorbodenkarte des Landes Brandenburg (WMS-LBGR-MOORKARTE) finden Sie unter folgendem Link:</i></p> <p><i>https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/render?url=https://geoportal.brandenburg.de/gs-json/xml?fileid=2e8b9375-84f1-453d-9dbc-</i></p>	

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>5edc5e4f95f1.</p> <p>Von einer Überbauung von Moorböden ist abzusehen, da es hierdurch zu einer Degradation des Moorkörpers kommt. Moore sind gesetzlich geschützte Biotope. Gemäß § 30 Abs. 2 Nr. 2 BNatSchG sind Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung von Mooren führen. Darüber hinaus ist nach § 12 Abs. 8 Abs. 2 BBodSchV das Auf- und Einbringen von Materialien in Böden ausgeschlossen, welche als gesetzlich geschützte Biotope im Sinne des § 30 des BNatSchG geführt werden und die Bodenfunktionen nach § 2 Nr. 1 und 2 BBodSchG im besonderen Maße erfüllen. Der Erhalt der Moorflächen dient der Sicherung der Klimaschutzfunktion (C-Senke).</p> <p>4. Hinweise / Forderungen zur Gewässer- und Anlagenunterhaltung (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 3, 5) Es wird darauf hingewiesen, dass die Plane im Bereich des Flächennutzungsplans der Gemeinde Planebruch ein Gewässer der I. Ordnung in der Unterhaltungspflicht des Landes ist. Die Pflichten der Unterhaltung obliegen nach BbgWG § 79 (1) Nr. 1 dem LfU als Wasserwirtschaftsamt des Landes Brandenburg.</p> <p>5. Hinweise / Forderungen zum Hochwasserschutz / Hochwasserrisikomanagement (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkt 8) Hochwasserrisikogebiet entsprechend § 73 Abs. 1 Satz 1 WHG Das Plangebiet des Flächennutzungsplans der Gemeinde Planebruch im Landkreis Potsdam-Mittelmark liegt in einem Hochwasserrisikogebiet (HQ100, HQ extrem) entsprechend § 73 Abs. 1 Satz 1 WHG. Bei Bauvorhaben in Risikogebieten greift § 78b WHG, die Notwendigkeit zum hochwasserangepassten Planen und Bauen. Des Weiteren ist § 78c WHG zum Errichten und Gebrauch von Heizölverbraucheranlagen in Überschwemmungsgebieten und in weiteren Risikogebieten zu beachten. Weiterhin gilt es, den schadlosen Hochwasserabfluss zu gewährleisten. Die Hochwassersituation darf sich durch das Vorhaben nicht verschlechtern. Die Flächen des Hochwasserrisikos HQ extrem sind nach § 5 Abs. 4a BauGB in dem Flächennutzungsplan berücksichtigt. Wir weisen jedoch darauf hin, dass in der Legende der Titel „Hochwasserrisikogebiet“ durch die Bezeichnung „Hochwasserrisikogebiete (HQ extrem)“ zu ergänzen ist. In den Planungsunterlagen ist auf die Hochwassergefahren und Risiken gemäß den rechtsverbindlichen Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 16c, § 9 Abs. 5 Nr.1 und Abs. 6a BauGB umfassend einzugehen. Entsprechende Festlegungen zu den genannten Vorgaben aus dem WHG und BauGB sind zu treffen. <u>Überschwemmungsgebiet entsprechend § 76 Abs. 2 Satz 1 WHG</u> Das Plangebiet liegt nicht in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet nach</p>	

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>§ 76 WHG. Eine Neufestsetzung von Überschwemmungsgebieten ist im Plangebiet noch nicht erfolgt. Es ist aber davon auszugehen, dass entsprechend der geltenden gesetzlichen Regelungen des § 100 BbgWG Überschwemmungsgebiete neu festgesetzt werden. Nach Festsetzung gelten die Vorschriften gemäß § 78 und § 78a WHG gleichermaßen. Daher sollten keine Entscheidungen getroffen werden, die einer späteren Neuausweisung entgegensteht. Die im Plangebiet dargestellte Überschwemmungsfläche des HQ100 kann zur Orientierung für ein zukünftig festgesetztes Überschwemmungsgebiet nach § 76 WHG herangezogen werden.</p> <p><u>Hinweise zum Planen und Bauen in hochwassergefährdeten Bereichen</u> Zur Vermeidung von Schäden in jeglichen von Überflutungen potenziell gefährdeten Bereichen soll nach Möglichkeit sichergestellt werden, dass die Nutzung der Grundstücke im Plangebiet an die möglichen nachteiligen Folgen von Hochwasser für Menschen, Umwelt und Sachwerte angepasst ist. Dafür sollte die Bauleitplanung in diesen Gebieten hochwasserangepasst erfolgen. In Betracht kommen dazu neben Informationen über hochwasserbedingte Risiken im Bebauungsplan, auch Vorgaben für eine hochwasserangepasste Bauausführung durch Festsetzungen zum Beispiel der Bauweise und der Stellung baulicher Anlagen, der nicht überbaubaren Grundstücksflächen, der von Bebauung freizuhaltenden Flächen und der Höhenlage der zulässigen Nutzung (mit Blick auf Gebäude wie auch auf einzelne Geschosse oder Teile baulicher Anlagen) sowie Vorgaben zum sicheren Betrieb von Ölheizungen. Hinweise zum hochwasserangepassten Bauen kann der Hochwasserschutzfibel – Objektschutz und bauliche Vorsorge des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat entnommen werden (Download unter: https://www.fib-bund.de/Inhalt/Themen/Hochwasser/).</p> <p>Karten / Geodaten Die konkrete Gefährdung kann mithilfe des Kartendienstes des Landes „Aus-kunftsplattform Wasser“ (APW) überprüft werden (siehe https://apw.brandenburg.de/).</p> <p>Geodaten zu den Hochwasserrisikogebieten finden Sie im Internet-Angebot des Ministeriums für Landund Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLEUV) unter folgendem Link: https://metaver.de/search/dls/#?serviceId=05EC61E6-C81E-4616-ACE6-2DC3D5E67E24.</p> <p><u>Hinweis zum Beteiligungsverfahren</u> Im Plangebiet befinden sich Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.</p> <p>Naturschutz Eine Stellungnahme aus der Fachabteilung Naturschutz kann aus</p>	

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			Kapazitätsgründen nicht erfolgen.	
20	Landesbetrieb Forst Brandenburg; Untere Forstbehörde Forstamt Potsdam-Mittelmark	12.03.2026	<p>a) Einwendungen PVA-Standorte sind <u>kein</u> Wald gemäß § 2 LWaldG. Die Zuwegungen zu den Teilflächen 2 und 3 sind Wald (Waldwege) gemäß § 2 Abs. 2 LWaldG.</p> <p>b) Rechtsgrundlagen Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I Nr. 6, S. 137), in der geltenden Fassung</p> <p>c) Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit Die Inanspruchnahme von Waldwegen - hier: Wald - gemäß § 2 LWaldG ist durch einen Antrag auf Nutzungsartenänderung gemäß § 8 LWaldG im Forstamt Potsdam-Mittelmark schriftlich einzureichen. Die Einverständniserklärungen der Eigentümer der Waldflächen sind dem Antrag auf Nutzungsartenänderung beizufügen. Für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist eine Baumartenwahl gemäß der Empfehlung der Baum- und Strauchartenwahl im Wald (Baumartenmischungstabelle vom Juni 2022) ein Standortgutachten auf der Grundlage der Anleitung der forstlichen Standortserkundung im nordostdeutschen Tiefland (Standortserkundungsanleitung SEA 95 in jeweils gültiger Fassung erforderlich und ein Waldrand einzuplanen.</p>	Abwägung nicht erforderlich
21	Landesbetrieb Straßenwesen, Dienststätte Potsdam	06.03.2026	<p>Die verkehrliche Infrastruktur sollte mitwachsen. Bei einer signifikanten Änderung der verkehrlichen Situation an Bundes- und Landesstraßen sind weitere Betrachtungen notwendig und Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg einzubeziehen. Außerorts ist auf die Anbauverbotszone §24 BbgStrG (1) 1 zu achten. Es ist darauf zu achten, keine Bebauung innerhalb der 20 m von der Fahrbahnkante vorzunehmen. Außerorts ist auf die Anbaubeschränkungszone nach §24 BbgStrG (2) 1 zu achten. Die Erweiterung von Wohnbebauungsflächen an Bundes- und Landesstraßen sollte kritisch im Hinblick auf den Immissionschutz geprüft werden. Eine Hilfestellung bietet die ALD-Schriftenreihe Band 1/2021 in 2. Auflage „Straßenverkehrslärm“. Ebenso verweisen wir auf die „Innerorts“/„Außerorts“-Grenze durch den OD-Stein (vermesserische Grenze des Ortes). Das Ortseingang- oder Ausgangsschild dient nur zur Anpassung der Geschwindigkeit und hat nur verkehrsrechtliche Bedeutung. Rechtlich ist das ein entscheidender Unterschied in • der Erschließung von Grundstücken. Außerorts ist die Gemeinde erschließungspflichtig über bereits vorhandene Gemeindestraße (rückwärtig).</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
		10.03.2026	<p>Der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Potsdam (LS) stimmt dem Flächennutzungsplan zu. Folgende Hinweise sind zu beachten:</p>	<p>Wohnbauflächen werden nicht erweitert. Sollte die Ergänzung der Dorfgebiete gemeint sein, werden etwaige immissionschutzrechtliche Fragen im nachgelagerten Bauleitplanverfahren geprüft.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich.</p>

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<ul style="list-style-type: none"> • Außerorts ist auf die Anbauverbotszone § 24 BbgStrG (1) 1 zu achten. Es ist darauf zu achten, keine Bebauung innerhalb der 20 m von der Fahrbahnkante vorzunehmen. • Außerorts ist auf die Anbaubeschränkungszone nach § 24 BbgStrG (2) 1 zu achten. 	
22	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, Potsdam	26.03.2026	<p>Teile des Gemeindegebietes liegen im Freiraumverbund und im Biotopverbund. diese sind von Neubebauung freizuhalten. Dies gilt auch für die dargestellte Freiflächensolaranlage bei Cammer und das geplante Gewerbegebiet. Eine Darstellung von neuen Baugebieten im Hochwasserrisikogebiet würden wir kritisch sehen.</p> <p>Teile des Gemeindegebietes liegen im NSG "Belziger Landschaftswiesen" und im LSG "Hoher Fläming-Belziger Landschaftswiesen". Außerdem sind mehrere FFH-Gebiete und ein Vogelschutzgebiet betroffen.</p> <p>Die Darstellungen des FNP orientieren sich am Bestand. In Oberjünne und Cammer werden Wohnbauflächen dargestellt, die sich an den Bebauungsplänen orientieren und teilweise noch freie Bauflächen aufweisen.</p> <p>Gegen die Bebauung von vier Baulücken werden keine Bedenken erhoben. Es könnte Baurecht über eine Ergänzungssatzung geschaffen werden. Eingriffe in natur und Landschaft sind zu kompensieren.</p> <p>Wie erwähnt, sehen wir jedoch die Darstellung eines 5,4 ha großen Gewerbegebietes kritisch. Es ist zu überlegen, ob bisher durch Landwirtschaftsbauten genutzte Flächen für die Gewerbeansiedlung genutzt werden können.</p> <p>Die geplante PVA reicht an das LSG heran. Wir verweisen darauf, dass die Belziger Landschaftswiesen besondere Bedeutung für den Wiesenbrüterschutz (Großtrappe) aufweisen.</p>	<p>Weder die Gemeinsame Landesplanungsabteilung noch die Regionale Planungsstelle noch die untere Naturschutzbehörde erheben diesbezügliche Einwände gegen die geplante Freiflächen-PVA Cammer oder gegen das geplante Gewerbegebiet. In Hochwasserrisikogebieten werden keine neuen Baugebiete ausgewiesen.</p> <p>Flächen mit ehemaligen Landwirtschaftsbauten stehen nicht zur Verfügung.</p> <p>Seitens der zuständigen Naturschutzbehörden erfolgten keine Hinweise auf eine Beeinträchtigung des LSG "Hoher Fläming-Belziger Landschaftswiesen" und der Großtrappe durch das Vorhaben Freiflächen-PVA Cammer.</p>
23	Landkreis Potsdam-Mittelmark	27.03.2026	<p>Fachdienst Umwelt, Denkmal und Recht</p> <p>Untere Wasserbehörde</p> <p>Wasserrechtliche Belange stehen dem Entwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch gegenwärtig nicht entgegen. Grundsätzlich gilt weiterhin die Stellungnahme der UWB vom 22.04.2025. Die nachfolgenden Hinweise werden hiermit ergänzt.</p> <p>Hydrogeologische Gegebenheiten</p> <p>Laut GIS beträgt der Grundwasserflurabstand ca. 1 - 2 m uGOK. Damit liegt besonders im Bereich des geplanten Vorhabens eine hohe Grundwassergefährdung vor. Sollte eine Grundwasserabsenkung erforderlich sein, so ist diese</p>	<p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Eine Grundwasserabsenkung ist nicht</p>

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>innerhalb des Bauverfahrens zu beantragen. Die Absenkung des Grundwassers ist gemäß § 49 (1) Wasserhaushaltsgesetz anzeigepflichtig. Eine Grundwasserabsenkung bedarf einer wasserrechtlichen Entscheidung.</p> <p>Untere Abfallwirtschaftsbehörde Abfallrechtliche Belange stehen dem Entwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Planebruch gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p>Untere Bodenschutzbehörde Es ergeben sich keine Anregungen, Hinweise oder Einwendungen.</p> <p>Untere Naturschutzbehörde <u>A. Einwendungen</u> Keine.</p> <p><u>B. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</u> Keine.</p> <p><u>C. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</u> Keine</p> <p><u>D. Weitergehende Hinweise</u> 1) Nachrichtliche Darstellungen Nutzungsregelungen, die nach anderen gesetzlichen Vorschriften festgesetzt sind, sollen gemäß § 5 Abs. 4 BauGB nachrichtlich in den Flächennutzungsplan übernommen werden. Die maßgeblichen Abgrenzungen der Europäischen Vogelschutzgebiete sind gemäß § 15 Abs.1 S. 5 BbgNatSchAG der Anlage 3 des BbgNatSchAG, die der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung den entsprechenden Naturschutzgebiets- beziehungsweise Erhaltungszielverordnungen und die der Natur- und Landschaftsschutzgebiete den Anlagen der Schutzgebietsverordnungen zu entnehmen. Die Schutzgebietskarten der LSG und NSG sind im MLEUV sowie als Kopien bei den örtlich zuständigen unteren Naturschutzbehörden kostenlos während der Dienstzeiten einsehbar (§ 2 Abs. 2 der betreffenden VO). Planungsaussagen und Darstellungen, die naturschutzrechtliche Schutzgebiete oder -objekte betreffen, stehen insoweit ausdrücklich unter dem Vorbehalt der Zulässigkeit.</p>	<p>erforderlich.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Abwägung nicht erforderlich.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Nutzungsregelungen nach anderen gesetzlichen Vorschriften wurden vollumfänglich in den Flächennutzungsplan übernommen. Die Abgrenzungen der naturschutzrechtlich festgesetzten Gebiete wurden korrekt übernommen.</p> <p>Originäre Planaussagen und Darstellungen der Gemeinde Planebruch erfolgen lediglich im Bereich des LSG "Hoher Fläming - Belziger Landschaftswiesen" im Rahmen der Entwicklung desselben; die Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde für kon-</p>

Ifd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>Zu beachten ist im Zusammenhang mit den Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung die Bekanntmachung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft vom 1. Februar 2019 „Fauna-Flora-Habitat-Gebiete im Land Brandenburg“, mit der die Bekanntmachung über die FFH-Gebiete im Land Brandenburg – vom Land vorgeschlagene Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung gemäß Richtlinie 92/43/EWG (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, FFH-Richtlinie, FFH-RL) vom 25. Januar 2002 (ABl. S. 278) und die Bekanntmachung der von der Landesregierung gemeldeten Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiete) im Land Brandenburg vom 15. August 2005 (ABl. S. 998) mit Wirkung vom 1. Januar 2019 aufgehoben wurde. Die Bekanntmachung der FFH-Gebiete mit den jeweiligen Grenzen und Erhaltungszielen ist nunmehr durch Naturschutzgebiets- oder Erhaltungszielverordnungen erfolgt. Die FFH-Gebiete „Plane“ sowie „Plane Ergänzung“ existieren demnach nicht mehr, sondern wurden – mit Änderungen – mit der 18. ErhZV und der 21. ErhZV unter den Bezeichnungen „Plane Oberlauf“ und „Plane Unterlauf“ neu bekanntgemacht. Analog wurden die FFH-Gebiete „Belziger Bach“ und „Baitzer Bach“ in Erhaltungszielverordnungen neu bekanntgemacht. Die dahingehenden Ausführungen in der Begründung sind demgemäß zu korrigieren. Ebenso ist mit den kartografischen Darstellungen zu verfahren.</p> <p>Gesetzlich geschützte Biotope (im Folgenden: Biotope) sind mangels Festsetzung nicht notwendigerweise im FNP darzustellen. Empfehlenswert ist ihre Darstellung allerdings im Landschaftsplan, weil die Kenntnis ihrer Lage zweckmäßig für eine geordnete städtebauliche Entwicklung ist. Die Lage und Abgrenzungen der Biotope sollten aus der Kartenanwendung der für das Führen des Biotopkatasters zuständigen Behörde, dem Landesamt für Umwelt (im Folgenden: LfU) übernommen werden. Eventuell besteht die Möglichkeit, vom LfU einen Shapefile für die Übertragung in die Planzeichnung zu erhalten. Dazu wenden Sie sich unter bdp@lfu.brandenburg.de an das LfU.</p> <p>2) Landschaftsrahmenplan Potsdam-Mittelmark Vom Landschaftsrahmenplan Potsdam-Mittelmark liegt gegenwärtig der Entwurf seiner Fortschreibung vor. Er sollte auf plangebietsrelevante Inhalte hin gesichtet und gegebenenfalls bereits berücksichtigt werden.</p>	<p>krete Maßnahmen wird rechtzeitig jeweils separat eingeholt. Wie in Kap. 8.3 der Begründung erläutert, erfolgen für andere naturschutzrechtlich festgesetzte Gebiete keine gemeindeeigenen Planaussagen und Darstellungen, sondern nur nachrichtliche Übernahmen anderer Planungsträger.</p> <p>Die Gebiete gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiete) gemäß Richtlinie 92/43/EWG vom 25. 01.2002 existieren durch die bloße Anwesenheit der einschlägigen Lebensraumtypen und Arten; eine Meldung der Landesregierung an eine übergeordnete Behörde oder die Bekanntmachung ist dazu nicht erforderlich. Infolgedessen listet das Bundesamt für Naturschutz die FFH-Gebiete "Plane" und "Plane Unterlauf" bis heute weiter. Aufgehoben wurde lediglich die Bekanntmachung der Landesregierung vom 15.08.2005. Die 18. und 21. ErhZV dienen nur der gemäß Richtlinie 92/43/EWG vorgeschriebenen Untersetzung durch Landesrecht. Diese werden in der Begründung ergänzt, und zwar ohne die ursprünglichen und weiterhin gültigen FFH-Bezeichnungen zu streichen.</p> <p>Die gesetzlich geschützten Biotope gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 18 BbgNatSchAG wurden zulässigerweise nachrichtlich aus dem Biotopkataster der Landesamtes für Umwelt eben wegen der Zweckmäßigkeit der Kenntnis ihrer Lage für eine geordnete städtebauliche Entwicklung auch in den Flächennutzungsplan übernommen und darin dargestellt, selbst wenn dies nicht zwingend erforderlich ist.</p> <p>Dies ist vollumfänglich erfolgt, siehe Planzeichnung und Begründung S. 20 sowie S. 60 ff.</p>

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>3) Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz In Natura 2000-Gebieten sind keine Ausgleichsmaßnahmen i. S. d. Eingriffsregelung zu planen, weil der Gemeinde dafür die Befugnis fehlt. Für die Durchführung derartiger Maßnahmen ist gemäß § 5 NatSchZustV die Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege, das Landesamt für Umwelt, zuständig.</p> <p>Untere Denkmalschutzbehörde</p> <p>Baudenkmalschutz Es ergeben sich keine Anregungen, Hinweise oder Einwendungen.</p> <p>Bodendenkmalschutz Die Belange des Bodendenkmalschutzes finden in den Unterlagen ausreichend Berücksichtigung.</p> <p>Untere Jagdbehörde Keine Äußerung</p> <p>Fachdienst Landwirtschaft Da für die Umsetzung des Planvorhabens landwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch genommen werden, bittet der Fachdienst Landwirtschaft um frühzeitige Rücksprache mit dem betroffenen Bewirtschafter. Der Fachdienst Landwirtschaft weist darauf hin, dass die Umsetzung des Planvorhabens im Einvernehmen mit dem Bewirtschafter erfolgen soll, um eine angemessene Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange sicherzustellen. Unter Berücksichtigung des vorgenannten Hinweises bestehen seitens des Fachdienstes Landwirtschaft keine Bedenken hinsichtlich des Planvorhabens.</p> <p>Fachdienst Gesundheit Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.</p> <p>Fachdienst Verkehrsmanagement Es ergeben sich keine Anregungen, Hinweise oder Einwendungen.</p> <p>Fachdienst Kreisstraßenbetrieb Da keine Kreisstraßen betroffen sind, bestehen von Seiten des FD Kreisstraßenbetrieb keine Bedenken.</p>	<p>In Natura 2000-Gebieten wurden seitens der Gemeinde Planebruch keine Ausgleichsmaßnahmen i.S.d. Eingriffsregelung geplant. Dargestellte Maßnahmen wurden nachrichtlich aus Festsetzungen übergeordneter Behörden dargestellt.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Die Umsetzung des Planvorhabens erfolgt im Einvernehmen mit dem Bewirtschafter.</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p> <p>Abwägung nicht erforderlich</p>

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
24	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Potsdam	---	Keine Stellungnahme abgegeben, Leitungsauskunft nur online	
25	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming	11.03.2026	<p>1. Formale Hinweise</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 08.02.2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.02.2026 (GVBl. I Nr. 06), Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region.</p> <p>Die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte wurde mit Bescheid vom 23.11.2020 von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 vom 23.12.2020 trat der Sachliche Teilregionalplan in Kraft.</p> <p>Die Regionalversammlung Havelland-Fläming hat am 27.06.2019 die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 28 vom 24.07.2019 bekannt gemacht.</p> <p>In der Sitzung der Regionalversammlung am 26.06.2025 wurde der 2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0, bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung gebilligt. Zudem wurde beschlossen, diesen gemäß § 9 Abs. 3 ROG in Verbindung mit § 2 Abs. 3 RegBkplG im Internet zu veröffentlichen und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.</p> <p>Am 17.11.2022 hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming den Beschluss gefasst, die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen und hierfür einen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 aufzustellen. Die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 wurde mit Bescheid vom 26.09.2024 genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 42 vom 23.10.2024 trat der Sachliche Teilregionalplan in Kraft. Zugleich wurde von der Landesplanungsbehörde festgestellt, dass der Sachliche Teilregionalplan mit dem regionalen Teilflächenziel von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche für den Stichtag 31.12.2027 nach Art. 1 des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes vom 08.03.2023 (GVBl. Nr. 3) in Einklang steht.</p> <p>Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat in ihrer Sitzung am 27.11.2025 mit Beschluss-Nr. 02/05/01-1 den Entwurf der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergie-</p>	

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			<p>nutzung 2027 der Region Havelland-Fläming, bestehend aus textlichen und zeichnerischen Festlegungen einschließlich Begründung gebilligt und den Umweltbericht sowie die Ausarbeitung "Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land" zur Kenntnis genommen sowie den Beschluss gefasst, diesen zu veröffentlichen und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Absicht dieses Änderungsverfahrens ist, zwei weitere Flächen als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festzulegen, die nach § 4 des Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) zusätzlich auf das regionale Flächenziel angerechnet werden können. In diesem Verfahren bestand bis zum 27.02.2026 die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme.</p> <p>2. Regionalplanerische Belange Gemäß dem 2. Entwurf des Regionalplans 3.0 werden im Gemeindegebiet die Vorbehaltsgebiete Siedlung Cammer, Damelang, Freienthal und Oberjünne festgelegt. In den Vorbehaltsgebieten Siedlung ist der Entwicklung von Wohnbauflächen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht beizumessen. Die im Flächennutzungsplan beschriebenen Entwicklungsabsichten der Gemeinde Planebruch sind im Einklang mit diesen Belangen möglich. Hinweis: Die Vorbehaltsgebiete Siedlung sollten in der Planbegründung entsprechend der Planzeichen benannt werden. Auf den Seiten 23 und 24 werden die Vorbehaltsgebiete Siedlung als "Siedlungsfläche" bezeichnet. Im Bereich der Pläne werden Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz festgelegt. Diese wurden im Flächennutzungsplan berücksichtigt. Weitere regionalplanerische Belange sind nicht berührt.</p>	<p>Die Bezeichnung "Siedlungsfläche" wird redaktionell gegen "Vorbehaltsgebiet Siedlung" ausgetauscht.</p>
26	Stadt Bad Belzig	---		
27	Stadt Beelitz	26.02.2026	Keine Anregungen und Bedenken. Es werden keine Belange der Stadt Beelitz berührt.	Abwägung nicht erforderlich
28	Stadt Brück	16.04.2026	nicht berührt	Abwägung nicht erforderlich
29	Wasser- und Abwasserzweckverband „Hoher Fläming“, Brück	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
30	Wasser- und Bodenverband "Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-Havelseen", Nauen	17.03.2026	Nach Durchsicht der von Ihnen erhaltenen Unterlagen zur Erstaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Planebruch, teilen wir Ihnen mit, dass es seitens des Wasser- und Bodenverbandes „GHHK – HK – HS“ dazu keine Einwände gibt. Sofern bei der weiteren Planung Belange, die unseren Verband betreffen, berührt	Abwägung nicht erforderlich

lfd. Nr.	Behörde / TÖB	Stellungnahme vom	Inhalt der Stellungnahme	Berücksichtigung der Stellungnahme
			werden, sind wir hier wiederholt einzubeziehen, um gegebenenfalls eine fachliche Stellungnahme abgeben zu können. Bei eventuell auftretenden Fragen stehe ich Ihnen gern unter Tel. 0162 - 249 50 63 zur Verfügung.	
31	Wasser- und Bodenverband „Plane-Buckau“, Golzow	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
32	Zentraldienst der Polizei Brandenburg	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
33	50Hertz Transmission GmbH, Berlin	---	Keine Stellungnahme abgegeben	
	Bürgerbeteiligung		keine Stellungnahme eingegangen	